

Sehr geehrter Herr Dieterle,

Ihr Eintreten für das Wettbewerbswesen ehrt Sie. Als Mitglied des Preisgerichts, das 1997 tagte, möchte ich Sie jedoch daran erinnern, dass die Grundlagen, die für den Wettbewerb damals galten, heute nicht mehr dieselben sind.

- Damals mussten die Lokomotiven noch umgekoppelt werden.
- Für die Bahn war deshalb die Ausleuchtung der Bahnsteige mit Tageslicht unabdingbar (wenngleich sie dies beim Berliner Bahnhof kurz danach selbst geändert hatte).
- Die Denkmalpflege hatte offensichtlich die Anweisung, nicht auf den Erhalt der Seitenflügel des Hauptbahnhofs zu bestehen.
- Auch wurde behauptet, der Abriss der Flügel sei aus technischen Gründen zwingend notwendig.

Tatsächlich war unter den damaligen Bedingungen am Ende der Jury ein einstimmiges Ergebnis auf dem Tisch. Insofern stehe ich nach wie vor zum ersten Preisträger als demjenigen, dem die Aufgabe zu übertragen ist.

Es gehört aber auch zu einem solchen Verfahren, dass bei einer weiteren Bearbeitung die Empfehlungen des Preisgerichts berücksichtigt werden sollen. Das ist hier in keiner Weise geschehen. Auch den angeführten Kriterien, die sich im Nachhinein änderten, wurde nicht Rechnung getragen.

Unabhängig davon hat sich die Einstellung zu der geschichtlichen Dimension, die mit dem baulichen Erbe verbunden ist, gewaltig geändert. Dass heute in Städten wie Frankfurt, Berlin oder Braunschweig heftig um die Wiedererrichtung verlorener Bausubstanz gerungen wird, ist nur ein Indiz für die Haltung der Öffentlichkeit. Die Gründung der Bundesstiftung Baukultur, wie auch deren Förderverein, lag zum Zeitpunkt des Wettbewerbs in weiter Ferne. Dass die berufsständigen Verbände diese Stiftung gut heißen und viele Länderkammern sich dieser Bewegung mit Nachdruck anschließen, bestätigt den Wandel im Umgang mit der Geschichte und deren veränderte Wertschätzung. Nicht umsonst ist in diesem Zusammenhang die Begründung der Bundesregierung zur Neufassung der HOAI anzuführen, die eine hohe Planungskultur sicherstellen soll und dies dezidiert mit dem „Schutz der Umwelt und der städtischen Umwelt einschließlich ihrer baukulturellen Qualität und ihren erheblichen Auswirkungen auf das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger“ erklärt.

Wenn Sie als Mitarbeiter der Kammer schon Ihre Stimme für die Einhaltung von Wettbewerbskultur erheben, dann müssten Sie sich konsequent dafür einsetzen, dass Ergebnisse dieser Verfahren an sich ändernde Prämissen anzupassen sind. Denn es ist ebenso Aufgabe eines sorgfältig arbeitenden Preisgerichts, nur solche Arbeiten auf die ersten Ränge zu setzen, die eine Überarbeitung und damit Anpassung an neue Randbedingungen zulassen. Auch schließt die Sorgfalt ein, das weitere Planungsverfahren zu beobachten und ggf. darauf hinzuweisen, dass der Empfehlung des Preisgerichts nicht gefolgt wurde. Nicht ohne Grund weisen wir im Preisgericht immer darauf hin, dass es sich bei den Arbeiten nicht um Ausführungspläne handelt, sondern um Konzepte, die in den weiteren Planungsetappen auf die jeweiligen Gegebenheiten und Zwangspunkte reagieren können.

Im Übrigen dürfte Ihnen auch nicht entgangen sein, dass ein Großteil der Kollegenschaft das eindeutige Votum des Präsidiums für Stuttgart 21 nicht teilt. Dieser Punkt betrifft ja nicht das Wettbewerbsverfahren, oder stellt die Arbeit von Ingenhoven in Frage, sondern bezieht sich auf die grundsätzliche Aufgabenstellung als solche.

Mit freundlichen Grüßen,

